

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD)

vom 13. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Januar 2025)

zum Thema:

Bekämpfung des Linksextremismus an der Alice-Salomon Hochschule

und **Antwort** vom 10. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Februar 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21 504

vom 13. Januar 2025

über Bekämpfung des Linksextremismus an der Alice-Salomon Hochschule

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht ohne Beiziehung der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) beantworten kann. Die ASH wurde deshalb um Stellungnahme gebeten.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

An deutschen Hochschulen zeigt sich in den letzten Monaten eine polarisierende Entwicklung: Immer häufiger kommt es zu Aktionen, die den akademischen Betrieb stören und die Sicherheit von Universitätsangehörigen gefährden. Insbesondere an der Alice-Salomon Hochschule erregte eine Besetzung eines Hörsals besondere Aufmerksamkeit. Um zukünftig auf solch mögliche Gefahren vorbereitet zu sein und die Konzepte der Hochschulleitungen kennenzulernen, frage ich den Senat:

1. Gab es aus Sicht der Hochschulleitung der Alice-Salomon Hochschule Aktionen linksextremistischer Gruppen an der ASH, etwa die Besetzung ab dem 06.01. oder wie würde die Hochschulleitung diese einordnen?

Zu 1.:

„Nach Angaben der ASH handelte es sich bei den Personen, die die Besetzung am 06. Januar 2025 durchgeführt haben, mehrheitlich um Studierende der Hochschule. Eine ausdrückliche Verbindung der Besetzung zu linksextremistischen Gruppen war für die Hochschulleitung nicht erkennbar. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Äußerungen zum Nahostkonflikt, die während der Besetzung getätigt worden sind, auch im Zusammenhang von linksextremen Protesten Verwendung finden.“

2. Welche spezifischen Maßnahmen würden an der Alice-Salomon Hochschule im Falle ergriffen werden, wenn

- a. linksextreme Gruppen einen Hörsaal über mehrere Tage besetzen und dadurch den regulären Lehrbetrieb blockieren? An welchem Zeitpunkt würde die Hochschulleitung ihr Hausrecht mittels der Polizei ausüben und die Polizei hinzuziehen?
- b. Plakate, Poster und Flyer mit linksextremistischen Symbolen verteilt und ausgelegt würden?
- c. linksextremistische Studierende einen Debattenraum in einem besetzten Hörsaal in der Hochschule eröffnen, über deren Zugang sie selbst autonom entscheiden?

3. Wie würde die Hochschulleitung der Alice-Salomon Hochschule in einem solchen Szenario die Hochschule als Ort der freien Debatte und des offenen Austauschs schützen?

4. Welchen der folgenden Wege hält die Hochschulleitung der Alice-Salomon Hochschule für effektiver und geeigneter? Das möglichst rasche Auflösen einer Besetzung durch die Polizei oder das Gewähren einer Besetzung unter Ermöglichung eines Dialogs mit den Besetzer*innen, auch über einen längeren Zeitraum?

Zu 2., 2.a., 2.b., 2.c., 3. und 4.:

Es lassen sich keine pauschalen Aussagen über angemessene Maßnahmen für ein hypothetisches Besetzungsszenario an einer Hochschule treffen. Die Hochschulleitungen üben gemäß § 52 Abs. 2 des Berliner Hochschulgesetzes eigenverantwortlich das Hausrecht aus. Sollte es zu einer Besetzung an der Hochschule kommen, nehmen die Hochschulleitungen in enger Absprache mit der Polizei eine individuelle Lage- und Gefährdungseinschätzung vor. Der Schutz der Mitglieder der Hochschule hat dabei oberste Priorität.

Berlin, den 10. Februar 2025

In Vertretung

Dr. Henry Marx

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege